

KVU, Haus der Kantone, Speichergasse 6, 3000 Bern 7

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie, Kommunikation (UVEK)
p.A. Bundesamt für Umwelt, Abteilung Klima
Frau Isabel Junker
3003 Bern

Bern, 21. März 2014

Anhörung - Änderung der Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Einladung, zur geplanten Änderung der CO₂-Verordnung Stellung nehmen zu können.

Gemäss dem erläuternden Bericht sind die Kantone von den vorliegenden Änderungen der CO₂-Verordnung nicht direkt betroffen. Wir teilen diese Einschätzung, möchten aber einige Bemerkungen allgemeiner Natur anbringen.

Wir sind überzeugt, dass die CO₂-Lenkungsabgabe im Grundsatz ein wirksames Instrument zur Begrenzung der CO₂-Emissionen darstellt. Allerdings sind wir etwas beunruhigt über den Vollzugsaufwand, der sich aus den Bestimmungen der CO₂-Verordnung ergibt. Dass ein Jahr nach Inkrafttreten der Verordnung 46 Artikel angepasst werden müssen, zeugt von einer hohen Regelungsdichte bei der Umsetzung des CO₂-Gesetzes.

Unser Unbehagen betrifft ausserdem zwei weitere Aspekte. Einerseits besteht die Gefahr, dass angesichts des komplizierten und umfangreichen Verordnungsrechts das klimapolitische Engagement insbesondere in der Wirtschaft beeinträchtigt werden könnte. Andererseits erfordert die hohe Regelungsdichte auch bedeutende personelle Ressourcen, welche zu Lasten berechtigter Bedürfnisse im Bereich des Vollzugs des Umweltschutz- und des Gewässerschutzgesetzes zu gehen drohen.

Wir bitten Sie deshalb, im weiteren Vorgehen bei der Entwicklung des Klimarechts darauf hinzuarbeiten, die Bestimmungen nach Möglichkeit zu vereinfachen, um die Ziele so effizient wie möglich zu erreichen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

**Konferenz der Vorsteher
der Umweltschutzämter KVU**
Der Präsident



Marc Chardonnens